

BEI GRÜNS

Mitgliederrundbrief
Landesverband Sachsen-Anhalt



NUMMER 2-05/APRIL 05

Rechtsextremismus I	S. 2
Rechtsextremismus II	S. 3
Arbeit am Programm	S. 4
Nötige Gebietsreform	S. 5
Zu HBS-Angeboten	S. 6
Rausch der Gebühren	S. 7
Bunt gemixt	S. 8

**Liebe Freundinnen,
liebe Freunde,**

höchste Zeit, dass es grünt. Höchste Zeit, dass ihr wieder „BEI GRÜNS“ in den Händen haltet. Wie immer liefert euch eure Mitgliederzeitung einen bunten Mix an Themen.

Es geht stramm Richtung Landtagswahl. Noch ein gutes Jahr und es ist entschieden, ob BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wieder parlamentarische Präsenz im Landtag Sachsen-Anhalt gewinnen. Alle Kräfte gilt es zu mobilisieren. Eure Landesvorsitzenden Inés Brock und Ralf-Peter Weber liefern einen Bericht über den Stand der Wahlkampf-Vorbereitungen. Auch wie es um die Arbeit der eingerichteten Programmkommission steht, könnt ihr in „BEI GRÜNS“ erfahren.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bildet einen Themenschwerpunkt in dieser Ausgabe von „BEI GRÜNS“. Lest von den Anti-Rechts-Demos in Magdeburg, Dessau und Merseburg und erfahrt mehr über das von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegte Positions- und Handlungspapier. Ihr findet außerdem ein Interview mit Roman Ronneberg, Geschäftsführer von „Miteinander“ e.V.

Im Weiteren widmet sich „BEI GRÜNS“ der Diskussion um die Gebietsreform sowie um Studiengebühren. Auch Berichte über bündnisgrüne Veranstaltungen dürfen nicht fehlen. Die Angebote der Heinrich-Böll-Stiftung werden ausführlich vorgestellt. Im Europabüro von Gisela Kaltenbach und Milan Horacek machten sich angehende junge „Werbeprofis“ ans Werk.

Freut euch des Frühlings!

Claudia Klupsch

Im politischen Frühling

Neuen Schwung für die Wahlkampf-Vorbereitung nutzen

**von Inés Brock und
Ralf-Peter Weber**

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, in einem Jahr wird es ernst. Am 26. März 2006 wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Der Landesvorstand hat seit Anfang des Jahres seine Aktivitäten zur Vorbereitung des Wahlkampfes verstärkt. Intensive Programmarbeit beschäftigt die Gremien, die Strategiekommision hat sich konstituiert.

Unser Ziel ist es, den Menschen im Land zu zeigen, dass die Bündnisgrünen eine wichtige und unverzichtbare Kraft in der politischen Landschaft Sachsen-Anhalts sind. Dazu entwickeln wir derzeit die Kernbotschaft und die Schwerpunktthemen. Der Landesdelegiertenrat im Mai wird sich vorrangig auf die Vorbereitung des Landtagswahlkampfes konzentrieren.

Der politische Frühling 2005 stellt noch weitere Herausforderungen an uns. Neben der im Land geführten Debatte zur Gebietsreform beschäftigen uns u. a. die zunehmenden Aktivitäten und Aufmärsche der Nazis im Land. Dazu haben wir als erste Partei in Sachsen-Anhalt auf unserem letzten Landesdelegiertenrat ein umfassendes Handlungskonzept beschlossen. In Dessau und Merseburg haben wir unsere Stärke als treibende Kraft bei der Organisation des Protestes bewiesen. Dank an die dortigen engagierten Kreisverbände.

Den Schwung des Frühlings wollen wir nutzen, um uns gut für die politi-

sche Auseinandersetzung im Wahlkampf aufzustellen. Die Programmkommission erarbeitet die Vorlage, die AG Hochschulpolitik bereitet ein Fachgespräch über das hochschulpolitische Leitbild vor. Das Ergebnispapier



GRÜN muss hier rein — in den Landtag von Sachsen-Anhalt. Am 23. März 2006 ist es soweit. Blick in den Plenarsaal des Parlamentsgebäudes. Foto: Klupsch

der AG Familienpolitik wurde als familienpolitisches Leitbild auf dem LDR beschlossen. Im Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt startet eine neue Initiative, um für einen Politikwechsel im Land zu werben. All diese Aktivitäten stehen im Zeichen einer Aufbruchstimmung. Wir wollen den Menschen zeigen, dass bündnisgrüne Politik Sachsen-Anhalt voranbringt.

Liebe Freundinnen und Freunde, die Landesvorsitzenden planen im Frühjahr und Sommer einen Besuch bei möglichst vielen Kreisverbänden. Wir freuen uns darauf, mit euch ins Gespräch zu kommen. Ergänzend wird der Landesvorstand im Mai mit einem ersten Treffen in Merseburg seine Reihe „LaVo vor Ort“ beginnen.



Viele Bündnisgrüne beteiligten sich an den Anti-Rechts-Aktionen – so in Magdeburg bei der Kehraktion (links). In Dessau waren die Bündnisgrünen die Mitinitiatoren der Kundgebung. Fotos (3): KVs

Kehraus wider den braunen Ungeist

Bündnisgrüne waren aktiv bei den Anti-Rechts-Aktionen in unseren Städten dabei

(ck/seb). Den Aufmärschen von Neo-Nazis in unseren Städten begegnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit couragiertem Protest. In Magdeburg beteiligten sie sich an der Aktion „Kehraus wider den braunen Ungeist“. Dessauer Bündnisgrüne waren Mit-Initiatoren der Kundgebung gegen Rechts, in Merseburg war der dortige Kreisverband der Organisator der Anti-Rechts-Aktionen.

Das Gedenken an den 60. Jahrestag der Zerstörung Magdeburgs wollten Nazis für ihre Zwecke missbrauchen. Am 15. Januar 2005 for-

miierten sie sich auf dem Domplatz. Allerdings prangten ihnen in der Innenstadt Plakate entgegen, so etwa „Magdeburg will keine Nazis“. Der Oberbürgermeister hatte dazu aufgerufen, nach Abzug der Nazis den Domplatz vom braunen Dreck zu säubern. Viele Bündnisgrüne, darunter Undine Kurth (MdB) und Ehrenvorsitzender Hans-Jochen Tschiche, packten mit an.

Am 12. März 2005 hatten Nazis einen Aufmarsch in Dessau angekündigt. Auf scharfe Kritik stieß der Aufruf des Dessauer Oberbürgermeisters, die Rechtsextremisten zu ignorieren.

Begründung: den Rechten keine Öffentlichkeit verschaffen. Protest von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Die Dessauer wollen nicht schweigend zuschauen, dass sich Rechtsextreme das Gedenken an die Zerstörung der Stadt zum Anlass nehmen, Geschichte auf widerliche Weise zu verklären“, sagte Landesvorsitzender Ralf-Peter Weber.

So kamen dann auch mehr als 500 Menschen zur Gegen-Demo. Zu den Rednern der Kundgebung gehörte Steffi Lemke, Politische Bundesgeschäftsführerin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Etwa 50 Merseburgerinnen und Merseburger befreiten am 19. März 2005 im Anschluss an eine Demonstration der NPD die Straßen der Stadt besenschwingend vom braunen Ungeist.

Der bündnisgrüne Kreisverband hatte die Merseburger BürgerInnen unter dem Motto „Großreinemachen statt Großdeutschland!“ aufgerufen, den braunen Ungeist, der kurz zuvor durch etwa 80 Demonstranten der NPD in die Straßen getragen wurde, wieder hinauszukehren. Der Vorsitzende des bündnisgrünen Kreisverbandes, Sebastian Striegel, betonte, wie wichtig es sei, die demagogischen Aktivitäten der NPD zu entlarven.



Der bündnisgrüne Kreisverband organisierte die Gegenveranstaltung in Merseburg.

Nicht in der Empörung verharren

Landesdelegiertenrat beschloss Positions- und Handlungspapier gegen Rechtsextremismus

(ck). **Als erste Partei in Sachsen-Anhalt haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Positions- und Handlungspapier gegen Rechtsextremismus vorgelegt. Der Landesdelegiertenrat beschloss es am 11. März 2005 einstimmig.**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern alle demokratischen Parteien zu einem gemeinsamen Vorgehen auf. Dringend notwendig ist eine konsequente und dauerhafte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, eine Stärkung der Zivilgesellschaft und ein Klima von Toleranz und Welt-offenheit.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen Maßnahmen vor, so etwa eine verstärkte Jugendarbeit. Wir brauchen einerseits bessere Aussteiger-Programme, andererseits muss es

attraktive Angebote für Jugendliche geben, die kein Interesse an der braunen Kultur haben. Es muss gelingen, jungen Menschen auf kommunaler Ebene größeren Raum für Partizipation zu ermöglichen. Wer etwa in Jugendparlamenten Gelegenheit bekommt, (politische) Verantwortung zu übernehmen, dessen Anfälligkeit für rechtsextremes Gedankengut sinkt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich für eine bessere geschichtliche und politische Bildung in den Schulen aus. Dazu bedarf es u.a. einer besseren und verstetigten Personalausstattung an allen weiterführenden Schulen und Berufsschulen insbesondere im ländlichen Raum.

Unbedingt müssen die Initiativen gegen Rechts finanziell stärker unterstützt werden. Herausragende Bedeu-

tung haben die Bundesprogramme CIVITAS und ENTIMON, für die eine ausreichende Finanzierung sichergestellt werden muss.

Im Umgang mit Rechtsextremen in den Parlamenten setzen wir auf mehr Nüchternheit und Mut zur Auseinandersetzung. Alle demokratischen Parteien haben die Pflicht, den Rechtsextremen gemeinsam entgegenzutreten. Wir dürfen nicht in der Empörung verharren und den Rechten das Feld der Argumentation überlassen. Die kritische Distanz muss immer wieder deutlich gemacht werden.



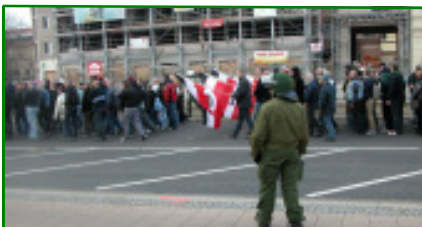
„Ein massiver Auftritt der Rechten ist zu befürchten“

Interview mit Roman Ronneberg, Geschäftsführer vom Verein „Miteinander“

Der Verein „Miteinander“ leistet seit 2000 in Kommunen, Jugendclubs und Schulen hervorragende Projektarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. In der Vergangenheit hatte die Landesregierung die finanziellen Mittel massiv gekürzt. Seit Jahresbeginn verzeichnet der Verein vermehrt Anfragen für Info-Veranstaltungen und Fortbildungen. BEI GRÜNS sprach mit Geschäftsführer Roman Ronneberg.

BEI GRÜNS: Sie sprechen von einer neuartigen Entwicklung des Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Woran machen Sie diese fest?

Roman Ronneberg: Wir erleben derzeit einen großen Mobilisierungsschub. Die Rechten veranstalten ihre Aufmärsche in kürzerer Abfolge mit einer jeweils hohen Teilnehmerzahl. Der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag eröffnet ihnen neue Möglichkeiten, etwa in der Öffentlichkeitsarbeit. Fraktionsgelder und hohe Rückerstattungen für den Wahlkampf verbessern ihre finanzielle Situation.



Aufmärsche der Rechten ignorieren?

Es ist ein massiver Auftritt der Rechten im sachsen-anhaltischen Landtagswahlkampf zu befürchten.

Wir bewerten Sie die Bemühungen der Landesregierung — das Netzwerk für Demokratie und Toleranz sowie den Runden Tisch gegen Rechtsextremismus?

Bisher sind keine verbindlichen Ansätze formuliert. Es soll weder einen neuen Apparat, noch neue Gelder geben. Bis heute haben weder „Miteinander“, noch andere Initiativen gegen Rechtsextremismus, wie das Magdeburger Bündnis gegen Rechts oder die Hallenser „Initiative Zivilcourage“ Einladungen erhalten.

Was ist zu tun?

Unbedingt müssen die bestehenden Bundesprogramme gegen Rechtsex-

tremismus weiter geführt werden. Deren Finanzierung ist nur bis Ende 2006 gesichert. Wünschenswert wäre, dass sich Bund und ostdeutsche Länder auf ein gemeinsames Programm gegen Rechtsextremismus einigen. Die unionsgeführten Länder standen XENOS oder CIVITAS bisher eher ablehnend gegenüber, oftmals gab es Probleme mit der Co-Finanzierung.

Wie bewerten Sie die härteren Gesetze gegen marschierende Rechte?

Wir halten nichts davon, freiheitliche Grundrechte zu beschneiden. Das bisherige Versammlungsrecht - richtig angewendet - war ausreichend.

Kann es richtig sein, rechte Aufmärsche zu ignorieren?

Nein. Es entsteht der falsche Eindruck, wir hätten den Rechten nichts mehr entgegenzusetzen und überlassen ihnen die Stadt, um ihre Gesinnung nach außen zu tragen. In Halbe oder Wunsiedel beispielsweise ließ man die Aufmärsche fast schweigend geschehen. Der Effekt: noch größere Mobilisierung.

Fachleute in die Offensive!

(rpw). Die Landesfachgruppen und Arbeitsgruppen leisten bereits jetzt im Vorfeld des Wahlkampfes wertvolle Arbeit. Darüber hinaus ist es wichtig, unsere besten Fachleute zu gewinnen, damit Sie in der Öffentlichkeit für "Grün" sprechen können.

Wir wollen daher erneut einen Versuch starten, Mitglieder als Fachpolitische Sprecher zu gewinnen. Der Landesvorstand wird in den nächsten Wochen auf ihm bekannte Experten in den unterschiedlichen Politikfeldern zugehen. Gleichzeitig bitten wir alle interessierten Mitglieder des Landesverbandes, sich beim Landesvorstand für politische Themenbereiche als Fachpolitische Sprecher „ins Spiel“ zu bringen. Zur Kontaktaufnahme genügt zunächst eine E-Mail an die Landesgeschäftsstelle. Dem Landesdelegiertenrat wird im Mai eine Liste der Fachpolitischen Sprecher vom Landesvorstand unterbreitet.

Wahlprogramm in Arbeit

Kommission will im Frühsommer den Entwurf vorlegen

Von
Ralf-Peter Weber

Im Dezember vergangenen Jahres haben Landesvorstand und Landesdelegiertenrat beschlossen, eine Programmkommission zur Erstellung unseres Wahlprogramms für die Landtagswahl 2006 einzuberufen.

Diesem Aufruf sind etwa zwanzig Mitglieder unseres Landesverbandes gefolgt. Parallel haben sich unsere Fachgremien dieser Aufgabe angenommen und arbeiten der Programmkommission zu. Dabei handelt es sich um die Landesfachgruppen Ökologie, Frauen, Verkehr, Wirtschaft und Bildung sowie die Arbeitsgemeinschaften zur Hochschul- und Familienpolitik. Damit ist es der Kommission gelungen, wesentliche Teile unseres Landesverbandes in die Arbeit einzubinden. Die Kommission wird geleitet von Ralf-Peter Weber, in enger Abstimmung

mit den SprecherInnen der Landesfach- und Arbeitsgruppen.

Darüber hinaus hat die Kommission auf ihren ersten beiden Treffen eine Grobgliederung des Programms erarbeitet, die auch allen Kreisverbänden vorliegt. Die Mitarbeit in der Programmkommission steht allen Mitgliedern offen. Wer Interesse hat, kann sich unter wahlprogramm@gruene-sachsen-anhalt.de mit Angabe seines Interessengebietes melden. Ihr werdet dann regelmäßig über alle weiteren Schritte informiert und in die Arbeit eingebunden.

Unser Ziel ist es, bis Ende Mai einen Entwurf für ein Wahlprogramm vorzulegen, das wir dann auf unserer Programmkonferenz am 2. Juli diesen Jahres diskutieren werden. Hinweise und Anmerkungen der Programmkonferenz werden dann eingearbeitet, so dass wir auf unserem Programmparteitag im Oktober unser Wahlprogramm beschließen können.

Dank des EEG boomt die Solarbranche

Von
Sebastian Striegel

VertreterInnen des Landesverbandes Sachsen-Anhalt haben im Februar das Solarkraftwerk „Geiseltalsee“ in Krumpa besucht. Die von BP Solar installierte Anlage, die von einer priva-

ten Beteiligungsgesellschaft finanziert und betrieben wird, ist Deutschlands zweitgrößtes Photovoltaik-Kraftwerk und deckt den Energieverbrauch von etwa tausend 4-Personen-Haushalten.

Im Sommer 2004 fertiggestellt, hat die Anlage auf dem Areal des ehemaligen Addinolwerks Krumpa eine Leis-

tung von vier MWp. Sie bedeckt eine Fläche von 31.500 Quadratmetern, eine Erweiterung ist in Planung.

Die Vertreter der Bündnisgrünen, unter ihnen Landesvorsitzender Ralf-Peter Weber, Mitglieder der BAG Ökologie und Vertreter des Kreisverbandes Merseburg-Querfurt, waren von der Visite im schneebedeckten Kraftwerk in Krumpa beeindruckt. „Die Solarbranche boomt!“, so die einhellige Feststellung – und das auch dank einer zukunftsweisenden, weil degressiv organisierten Förderpolitik im Rahmen des EEG. Besonders aber habe die steigende Marktakzeptanz der Photovoltaik (deren Kosten sich in den letzten Jahren um 60 Prozent vermindert haben) dazu geführt, dass in der deutschen Photovoltaikbranche inzwischen 30.000 Menschen arbeiten – fünfmal mehr als noch 1998. Auch BP Solar plant, die eigenen Herstellungskapazitäten zu erweitern.



Die Bündnisgrüne „Delegation“ informierte sich ausführlich im Solarkraftwerk in Krumpa über direkte Auswirkungen grüner Energiepolitik. Sie wurden herzlich von der Hamburger Geschäftsführung empfangen

Foto: Nitschke



Freiheit für die Legehennen!

Auf einer Video-Leinwand prangte einen ganzen Tag lang in der Magdeburger Innenstadt nebenstehendes Motiv „Ich bin ein Huhn — holt mich hier raus!“ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machten in der Vor-Osterzeit mit vielfältigen Aktionen im Land auf die tierquälerische Käfighaltung von Legehennen aufmerksamen. Zum einen erhielten die Verbraucher Informationen über die Kennzeichnung von Eiern („Kein Ei mit der Drei!“) Zum anderen wurde die Landesregierung aufgefordert, die Abschaffung der Käfighaltung durch ihr Verhalten im Bundesrat nicht länger zu blockieren.

Unsinnigkeit des Saale-Kanals

(pi). Positiv ist die neu eingerichtete Container-Pendelzugverbindung zwischen Halle (Saale) und Hamburg/Bremerhaven. Der Hafen Halle ist somit an den Überseehafen Hamburg und nun auch an den Überseehafen Bremerhaven angeschlossen. Die Zukunft des Containerverkehrs liegt auf der Schiene. Die Unsinnigkeit des Saale-Kanal-Projektes ist damit noch einmal bestätigt.

Aus natürlichen Gründen ist das amtlicherseits propagierte Ziel, die Industrieregion Leipzig-Halle und die an der Saale ansässigen Firmen ganzjährig an das deutsche und europäische Wasserstraßennetz anzuschließen, nicht zu erreichen. Vorliegendes Zahlenmaterial zu den Fahrrinntiefen der Elbe von der Saalemündung bis Magdeburg beweisen: Die Elbe ist nicht ganzjährig befahrbar. Es sei denn, es erfolgt ein massiver Elbausbau - mit ungeheuren Schäden für Natur und Hochwasserschutz.

Auf der Schiene werden heute von Halle Richtung Nordsee häufiger und mehr Container transportiert als auf der gesamten Elbe per Schiff. Statt für eine weitere Investruine zu sorgen, sollte die Landesregierung Maßnahmen ergreifen, die mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene bringen.

Längst überfällige Reform

Diskussion um künftige Kreisstruktur im Land hält an

Von
Fabian Groh

Gebietsreform ist in Sachsen-Anhalt Dauerthema, derzeit wieder hochaktuell. Die Landesregierung macht Druck. Nach der Landtagswahl 2002 wurden die Vorarbeiten der Vorgängerregierung verworfen, eine Notwendigkeit geleugnet. Spät erwachte das Böhmer-Kabinet und versucht nun um so schneller, die längst überfällige Reform zusammenzuzimmern, um sie aus dem nächsten Landtagswahlkampf herauszuhalten.

Zeitdruck gefährdet die Nachhaltigkeit der Reform: Lautet das eigentliche Ziel, die Verwaltung effizienter und bürgernäher zu machen, ist zu befürchten, dass der finanzielle Nutzen der Reform von der nächsten aufgefressen wird. Die Planungen der Landesregierung lassen binnen zehn Jahren eine erneute Reformnotwendigkeit befürchten.

Die Hälfte der von der Landesregierung geplanten Kreise dürften bereits im Jahr 2015 nicht mehr den an sie gestellten Kriterien entsprechen. Da die CDU ihren jetzigen Koalitionspartner ab 2006 nicht mehr zur Verfügung sieht, sucht sie bei der SPD nach einem Reform-Kompromiss und bereitet

so eine Große Koalition vor.

Auf dem LDR am 11. März sollte ursprünglich ein Positionspapier zur Gebietsreform abgestimmt werden. Aus Zeitgründen entschloss sich der LaVo, auf einen Antrag zu verzichten und sandte ein Diskussionspapier aus. Ein Antrag zum Thema aus dem Hallenser Regionalverband führte dazu, dass die Delegierten am 11. März zwei Papiere zur Diskussion vorliegen hatten.

Diskutiert wurde auf dem LDR über Großkreise, mit denen neue Probleme verbunden sind, die im Vorfeld gelöst werden müssen. Zwar ist die Bürgerfreundlichkeit nicht automatisch gegensätzlich kongruent zur Verwaltungsgröße, jedoch dürfte ehrenamtliche Politik in einem Regionalparlament weit schwieriger werden. Diskutiert wurde auch die Kreisfreiheit von Oberzentren und die Möglichkeiten der Stärkung von Regionen in einem Europa der Regionen.

Aufgrund bisheriger Schwächen im Diskussionsprozess zum Thema zwischen den Kreisverbänden sprach sich die Mehrheit für einen Beschluss erst auf dem Landesdelegiertenrat im Mai aus. Eine Projekt-AG soll in den nächsten Wochen unter Beteiligung möglichst vieler KVs einen Beschlussvorschlag erarbeiten.

Kostenloses Kindergartenjahr

(pi). Bereits 2002 haben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt als Ziel gestellt, ein kostenloses Kindergartenjahr durchzusetzen. Der Bundesparteirat hat uns nun in diesem Ziel bestätigt und in einem einstimmig beschlossenen Papier ein kostenloses Kindergarten-Vorschuljahr bundesweit gefordert.

"Es geht darum, Kinder fit für die Schule zu machen", so Landesvorsitzende Inés Brock. Das kostenlose letzte Kindergartenjahr diene der abschließenden Vorbereitung auf die Schule und hat einen verstärkten Bildungsanspruch. "Eltern werden so nicht durch Gebühren abgeschreckt - allen Kindern steht die 'Vorschule' offen."

Ist das finanzierbar? Ja! In den vergangenen 15 Jahren hat beispielsweise das Land Sachsen-Anhalt aufgrund der sinkenden Geburtenzahl staatliche Mittel in Milliardenhöhe weniger für Kinderbetreuung ausgeben müssen. Brock: "Das Totschlag-Argument leerer Kassen ist kontraproduktiv. Unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit und der gerade in letzter Zeit viel diskutierten Familienfreundlichkeit der Gesellschaft ist die finanzielle Entlastung junger Familien ein Gebot der Stunde."

Brock plädiert dafür, die Kinder frühzeitiger einzuschulen. "Dies ist aus lernpsychologischer Sicht sinnvoll und spart zudem staatliche Mittel."

Absurde Klage

Als absurd bezeichnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Vorhaben der Landesregierung, gegen das Gentechnikgesetz vor dem Verfassungsgericht zu klagen. "Wir trauen Wirtschaftsminister Rehberger zu, die Aussichtslosigkeit seines Unterfangens zu erkennen. Die Rechtsauffassung der Bundesregierung ist längst von der EU-Kommission bestätigt", so Landesvorstandsmitglied Sören Herbst. Demnach demonstrierte der Minister lediglich Gehorsam gegenüber den Gentechnik-Konzernen sowie Propaganda gegen die Bundesregierung.



Blick ins aktuelle Seminar "Einführung in die politische Rhetorik"

Foto: HBS

Offenes Bildungsangebot

Heinrich-Böll-Stiftung sorgt für erhellende Veranstaltungen

Von

**Oliver Paulsen,
Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt**

Die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt ist autonomer Teil der bundesweiten Heinrich-Böll-Stiftung und die grünnahe politische Stiftung in Sachsen-Anhalt.

Sie macht politische Bildungsarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Themenbereiche Demokratie, Ökologie, Frieden, Globalisierung, Bildung und Gleichstellung, steht jedoch auch der Bearbeitung anderer Themengebiete offen gegenüber. Ziel ist es, Menschen zu motivieren, sich in gesellschaftliche Prozesse einzumischen, aktiv zu werden und die dafür notwendige Sachkenntnis zu erwerben und dazu Zusammenhänge zu erkennen. Diese Ziele sollen erreicht werden durch ein für jeden Menschen offenes Bildungsangebot. Es besteht unter anderem aus Seminaren, Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen, Tagungen, Publikationen oder Bildungsur-

lauben. Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet mit verschiedenen Kooperationspartnern zusammen und erreicht auf diese Weise ein breiteres Zielpublikum. Partner im vergangenen Jahr waren beispielsweise die Initiative Jugend-Uni an der Uni Halle, das IWU in Magdeburg, die Evangelische Akademie in Wittenberg, der Filmpalast Salzwedel und der Eine-Welt e.V. Halle.

Im Veranstaltungsangebot der Stiftung befinden sich neben Reihen wie der „Grüne Salon“ in Halle und den Seminaren „PolitikManagement“ vielfältige Angebote. So zum Beispiel eine Lesung mit Michael Renner zum World-Watch-Bericht 2004, ein Fahrradbildungsurlaub an der Elbe im Juni und mehrere Abendveranstaltungen, zu Themen wie Gentechnik, Bildungspolitik („Schule neu denken“) und anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes zur Erinnerungskultur.

Aktuelle und weiterführende Informationen zu allen Angeboten sowie Kontaktmöglichkeiten gibt es im Internet auf der Seite www.boell-sachsen-anhalt.de.



Im Rausch der (Studien)Gebühren

Verhalten der Landesregierung hat bereits jetzt immensen Schaden angerichtet

Von
Sören Herbst

"Die Frage ist nicht, ob wir Studiengebühren in Sachsen-Anhalt bekommen, sondern wann!" - auf diese Sprachregelung haben sich CDU und FDP "eingeschossen".

Die Landesregierung sieht eine Zukunft für das Land, in der Studentinnen und Studenten Gebühren für ihr Erststudium entrichten - soweit, so schlecht. Genauer zum Thema: Fehlanzeige! Statt den Studierenden und den Hochschulen mitzuteilen, welche Voraussetzungen das Land für diesen Fall erfüllt sehen will, verängstigt sie potenzielle Studenten mit der pauschalen Ankündigung der Gebührenerhebung.

Und während die Gebührenfans noch grübeln, machen die ersten Studien-Anfänger auf ihrer Suche schon mal einen Bogen um Sachsen-Anhalt, nach dem Motto: "Auf in SPD-geführte Länder!".

Diese Verfahrensweise ist symptomatisch für die Bildungspolitik der

Böhmer-Regierung. Schnellschüsse, Alleingänge, Rohrkrepierer. Keine Absichtserklärung, in der KMK auf eine abgestimmte Lösung hinwirken zu wollen, kein Fingerzeig von Olbertz, in welche Richtung es gehen soll. Wie eine Monstranz tragen Landes-CDU



und FDP die Gebühren vor sich her - wohl selten hat eine zutiefst ideologische politische Idee schon vor ihrer Einführung soviel Schaden angerichtet.

Bei der überwiegenden Mehrheit der Studierenden hingegen ist klare Ablehnung sichtbar - doch sie sind Gesprächsbereit. Sie haben sehr wohl erkannt, dass über neue Formen der Studienfinanzierung nachgedacht werden muss. Wer könnte dies auch besser einschätzen als sie, die sie selbst von schlechten Studienbedingungen am unmittelbarsten betroffen sind.

Was Reaktionen wie die Gründung der Magdeburger Initiative "NEIN zu Studiengebühren!" hervorruft, ist die offensichtliche Unzulänglichkeit der diskutierten Modelle. Dies und die von zutiefst ideologischem Handeln geprägte Haltung der Landesregierung verunsichert die Studierenden. Für sie steht fest: Auch nachgelagerte Studiengebühren sind unsozial! Solange die Gebührenerhebung - auch in Form von Kreditrückzahlungen - wie ein Damoklesschwert über dem Studium schwebt, ist sie ein handfestes Kriterium bei der Entscheidung für oder gegen die Aufnahme eines Hochschulstudiums. Für Kinder sozial schlechter gestellter Familien wird dies im Zweifelsfall das ausschlaggebende Argument dagegen sein - und das ist das Letzte, was wir wollen.

Unser erklärtes Ziel ist es, mehr Abiturienten, insbesondere aus bildungsfernen Schichten, zur Aufnahme eines Studiums zu bewegen. Schon ab 2007 werden wir einen gewaltigen Einbruch der Studierendenzahlen erleben, der dringend kompensiert werden muss.

Die Union blockiert

(pi). CDU/CSU klammern sich an die Eigenheimzulage. In einer Erklärung der Landesvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den ostdeutschen Ländern heißt es: „Wir brauchen mehr Geld für Schulen und Spitzenforschung, mehr Investitionen in Köpfe statt in Beton, wenn es uns tatsächlich darum geht, zukunftstauglich zu sein und langfristig Arbeitsplätze zu schaffen.“ Durch die von Rot-Grün geplante Streichung der Eigenheimzulage könnten Bund und Länder bis zum Jahr 2012 etwa sechs Milliarden Euro einsparen. Die frei werden Mittel sollen in Projekte der Bildung und Forschung fließen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Ost-Ministerpräsidenten auf, sich für Investitionen in Bildung statt für eine rückwärtsgewandte Subventionierung zu entscheiden.

Angriffe auf Antidiskriminierungsgesetz

Derzeit steht das von Rot-Grün auf den Weg gebrachte Antidiskriminierungsgesetz im Kreuzfeuer der Kritik. Jüngst bezeichnete Helge Fänger, Präsident der Arbeitgeberverbände Sachsen-Anhalt, das Gesetz als „absolut überflüssig“. Dazu äußert sich Ralf-Peter Weber, Landesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der rot-grüne Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz (ADG) setzt EU-Vorgaben um. Dies ist in Deutschland längst überfällig. Die bestehenden Antidiskriminierungsgesetze etwa in Holland, Belgien, Irland und Schweden sind gut handhabbar und keineswegs belastend für die Wirtschaft. Die Anerkennung von "Diversity" - von Vielfalt - ist ein wichtiges Element für den wirtschaftlichen Erfolg in der glo-

balisierten Welt. Der Ausbau von Diskriminierungsschutz ist kein Luxus, sondern notwendige Zutat wirksamer Modernisierung.

Das Antidiskriminierungsgesetz führt weder zu einer Benachteiligung der Wirtschaft, noch kommt es zu einer Prozesswelle und zu zusätzlicher Bürokratie. Das sind Schauermärchen, vorgetragen mit künstlicher Aufregung zwecks politischer Stimmungsmache. Es gibt bereits positive Erfahrungen im deutschen Recht (Benachteiligungsverbot aufgrund des Geschlechts, Behindertengleichstellungsgesetz).

Mit dem Antidiskriminierungsgesetz wird keine Beweislastumkehr eingeführt. Die vorgesehene Beweislastregel entspricht wörtlich der seit 25 Jahren bestehenden Regelung im deutschen Arbeitsrecht.

Eine Eins für grünes Plakat

Von
Maren Lange

Die drei Neuntklässlerinnen Katja Schreier, Nora Koßmann und Anne Hellmuth aus dem Christian-Wolff-



Ließen ihrer Kreativität freien Lauf: Katja Schreier, Nora Koßmann, Anne Hellmuth (von links). Foto: Lange

Gymnasium in Halle/Neustadt sollten in ihrem Sozialkundeunterricht ein Parteiplakat machen. Ihnen war sofort klar, dass sie etwas über die Grünen machen wollten. O-Ton: „Mit denen verbindet man eben noch was. Bäume und so“.

Sie schauten im Telefonbuch nach und kamen spontan im Europabüro Sachsen-Anhalt vorbei. Die Büroleiterin Maren Lange half ihnen gern bei ihrer Arbeit. Eine Kampagne musste her, die möglichst für den Landtagswahlkampf gelten sollte. Was ist denn eine Kampagne? Was ist ein Flyer? Die schnell gegründete Werbeagentur wollte ein Thema in den Vordergrund stellen, das zeitgerecht und passend ist: Alternative Energie in Sachsen-Anhalt. Ein Plakat sollte auf möglichst witzige Weise das Thema anreißen. Darüber hinaus dachten die Schülerinnen über einen Flyer nach, der nicht nur anreißt, sondern den komplizierten Sachverhalt zielgruppengerecht erklärt. Eine Woche später kam der Anruf von Nora. „Wir haben eine EINS!“

Spitzen-Zerbsterin

(pb). Almuth Tharan ist weiter Grünen-Landesvorsitzende in Berlin. Sie ist gebürtige Zerbsterin und die Tochter von Walter Tharan, Grünen-Fraktionschef im Anhalt-Zerbster Kreistag.

Die Bündnisgrünen in Berlin sind eine starke politische Kraft. Bei den Europawahlen im vergangenen Jahr brachten es die Berliner Grünen auf 22 Prozent der Stimmen.

Bäume für Stresow

(pi). Mit einer Baumpflanzung erinnern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 16. April 2005 an das Dorf Stresow (bei Aulosen/Altmark). Der Ort wurde vom DDR-Grenzregime vollständig zerstört. Die Bäume spendeten Kreisverbände, Landesverband, Undine Kurth (MdB) und Rebecca Harms (MdB). Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, ist bei der Pflanzung zu Gast.

Termine, Termine und nochmals Termine

- ⇒8. April 2005, 15 Uhr, Magdeburg: LFG Bildung, LGS
- ⇒9. April 2005, 10 Uhr, Magdeburg: Mitgliedervollversammlung der Grünen Jugend Sachsen-Anhalt, LGS
- ⇒12. April 2005, 19.30 Uhr, Quedlinburg: Regionalkonferenz Harz
- ⇒13. April 2005, 18 Uhr, Magdeburg: Treffen der Programmkommission, LGS
- ⇒15. April 2005, 15 Uhr, Magdeburg: AG Hochschulpolitik, LGS
- ⇒23. April 2005, 10.30 Uhr, Halle (Saale): LFG Ökologie, Reformhaus
- ⇒28. April 2005, 18 Uhr, Magdeburg: Treffen der Strategiekommision, LGS
- ⇒27. Mai 2005 Landesdelegiertenrat
- ⇒2. Juli 2005 Konferenz zum Wahlprogramm

Der Buchtipp

Zukunftsmanagement –
Trainingsperspektiven für das 21.
Jahrhundert

(em). Das 268 Seiten starke Buch gibt dem Leser einen Einblick in die Trendthemen der Weiterbildung. Sechzehn Spitzentrainer geben Antwort auf die Frage, welche Instrumente, Methoden und Vorgehensweisen im Bereich des (nicht nur wirtschaftlichen) Managements und der beruflichen Qualifikation notwendig sind, um für die kommenden Jahre gewappnet zu sein.

Den Leser erwartet ein spannendes Themenspektrum, das von Führungskompetenz, Qualitätsmanagement, Netzwerkbildung, neue Medien bis hin zu Fitness, Lebensgestaltung, persönlichem Erfolg, ganzheitlichem Lernen und Weiterbildung für Frauen reicht. Die Beiträge sind prägnant und verständlich geschrieben, übersichtlich gestaltet und angereichert mit Kurzporträts und Fotos der bekannten Autorinnen und Autoren.

GABAL-Verlag; ISBN 3-930799-79-0



Impressum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Sachsen-Anhalt

Otto-von-Guericke-Straße 42a

39104 Magdeburg

Tel. 0391/4015540

Fax. 0391/4015530

V.i.S.d.P.: Claudia Klupsch

Mail: lv.sachsen-anhalt@gruene.de

www.gruene-sachsen-anhalt.de

